

Krank und nicht versichert

Rund 300.000 Menschen in Deutschland haben keine Krankenversicherung – Ärzte und Hilfsorganisationen versuchen Not zu lindern

von **Rainer Franke**

Wer krank wird oder sich verletzt, ist froh, wenn medizinische Hilfe kommt. Doch viele Menschen in Deutschland fürchten sich davor, denn sie sind ohne Krankenversicherung. Gegenwärtig sind schon bis zu 300.000 Menschen in Deutschland nicht mehr krankenversichert oder waren es nie, beschrieb der 108. Deutsche Ärztetag im Mai 2005 die Lage. Vor zwei Jahren seien es noch 188.000 gewesen. Da kann jede Behandlung zum Ruin führen, weswegen Krankheiten verschleppt werden, bis sie zum Notfall ausarten, den kein Arzt abweisen kann und darf.

Aus dem System geworfen

Schnell wird aus dem System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung entfernt, wer in Zahlungsverzug gerät. Freiwillig gesetzlich Versicherte bekommen ihre Kündigung nach zwei Monaten; bei privat Versicherten kann dies bereits nach einem Monat Zahlungsverzug passieren. Den Rückweg in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) hat noch die ehemalige Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer per Gesetz gesperrt.

Seitdem bleiben diejenigen außen vor, die älter als 55 Jahre sind und in den letzten fünf Jahren nicht mindestens 24 Monate oder unmittelbar vor Ende der Versicherungspflicht mindestens 12 Monate in der GKV versichert gewesen sind. Infolge derartiger Gesetze und Regelungen, zuletzt auch der Arbeitsmarkt-

reform Hartz IV, fallen manche Arbeitslose, aber auch insolvente Selbstständige, in Zahlungsverzug geratene freiwillig Versicherte oder privat versicherte zahlungsschwache Rentner aus jeglichem Krankenversicherungsschutz heraus.

Nachgebessert hat der Gesetzgeber bei den Arbeitslosen, die kein Arbeitslosengeld II erhalten und nicht in die Familienversicherung wechseln können. Ärztevertreter befürchten jedoch, dass das Problem damit keineswegs gelöst ist, so das *Deutsche Ärzteblatt* (Ausgabe 4 vom 28.01.2005, Seite A-169/B-139/C-135).

Gesetze ändern

Zuweilen versuchen die Betroffenen, im Krankheitsfall für die notwendige Behandlung einen günstigen Preis auszuhandeln. Für Ärzte ist dies eine zweiseitige Angelegenheit, denn sie sind an die Gebührenordnung für Ärzte gebunden. Oftmals aber tauchen Unversicherte mit geborgten, gekauften, abgelaufenen oder gar gefälschten Versicherungskarten auf. In solchen Fällen bleibt das Krankenhaus oder die Arztpraxis meist auf den Kosten sitzen.

Vor diesem Hintergrund forderte der diesjährige Deutsche Ärztetag die Bundesregierung auf, die Sozialgesetzgebung zu ändern, um die Zahl der Nicht-Krankenversicherten zu reduzieren. Das Bundessozialministerium müsse mit den Krankenkassen dafür sorgen, dass vor allem bedürftige Menschen ausreichend krankenversichert sind. Die bisher übliche Praxis, die auf der

kostenlosen Hilfe einzelner Ärztinnen und Ärzte oder von Krankenhäusern beruhe, sei nicht ausreichend und auf Dauer finanziell nicht durchführbar.

Neue Anlaufstation

Mit den Problemen von Kranken ohne Krankenversicherung sind zunehmend auch kirchliche und private Organisationen konfrontiert, die sich vor allem für die kranken, illegal in Deutschland lebenden Ausländer engagieren (vgl. auch *Rheinisches Ärzteblatt* November 2004, Seite 15). In Köln hat Anfang Juni 2005 die „Malteser Migranten Medizin“ eine medizinische Beratungsstelle für illegal in Deutschland lebende Ausländer im Malteser Krankenhaus St. Hildegardis eröffnet. Weitere Beratungsstellen sind in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen geplant.

Erfahrungen haben die Malteser in Berlin sammeln können. „Dort wie auch jetzt in Köln war von Anfang an der Zulauf gewaltig“, so Angelika Haentjes-Börgers, Abteilungsleiterin Migration der Malteser gegenüber dem *Rheinischen Ärzteblatt*. „Aber es kommen auch immer mehr Menschen, die hier nicht in der Illegalität leben, sondern Deutsche sind, die keine Krankenversicherung mehr haben. Entweder finden Sie keine Krankenkasse, die sie aufnimmt, oder sie können die Beiträge nicht bezahlen. Die ‚Malteser Migranten Medizin‘ und auch andere Organisationen helfen diesen Menschen, aber das Problem kann nur auf politischem Wege gelöst werden.“

Medizinische Hilfe:

Malteser Migranten Medizin, Bachemer Str. 29-33, 50931 Köln, Öffnungszeiten: Donnerstags 10 - 14 Uhr, Tel.: 0221/2778301, Fax: 0221/2778553, E-Mail: mmm-koeln@web.de

Informationen: „Patienten und Patientinnen ohne Aufenthaltserlaubnis und ohne Krankenversicherung im Krankenhaus – Rechtliche Situation und Möglichkeiten der Kostenerstattung“, Info-Broschüre für Klinikpersonal, herausgegeben vom Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin und Malteser Migranten Medizin mit Unterstützung der Ärztekammer Berlin, zu beziehen unter http://aekb.arzt.de/10_Aktuelles/15_meldungen/139druckfrisch.html